

*Lutz Vogel*

## **Chancen – Ängste – Widerstände. Arbeit als Argument bei der Zuwanderung in Sachsen im 19. Jahrhundert**

Der 25. Juni 1862 mag für den 26-jährigen Schuhmacher Joseph Grohmann vielleicht ein glücklicher Tag gewesen sein: Nach knapp anderthalbjähriger Auseinandersetzung mit sächsischen und österreichischen Behörden wurde ihm an diesem Tag die sächsische Staatsangehörigkeit verliehen. Jedoch lagen neun Jahre hinter Grohmann, die er – aus Hermsdorf in Nordböhmen stammend und somit österreichischer Staatsangehöriger – als Ausländer in der Landgemeinde Waltersdorf bei Zittau in Sachsen gelebt und gearbeitet hatte. In dieser Zeit hatte er Anfeindungen vonseiten der örtlichen Berufskonkurrenten, die seine Aufnahme verhindern wollten, erfahren. Weiterhin hatte er auch mehrere Anhörungen beim Zittauer Stadtrat durchlaufen, der die Grundherrschaft über das 2.000-Einwohner-Dorf ausübte, in dem Grohmann eine eigene Werkstatt eingerichtet hatte. Und hinter ihm lag auch eine lange Zeit des Wartens und der Unsicherheit, ehe ihm die österreichischen Behörden einen Entlassungsschein aus der Staatsangehörigkeit ausgestellt und den sächsischen Behörden übermittelt hatten. Durch den formalen Akt der Aufnahme in die sächsische Staatsangehörigkeit war er nun vor einer Ausweisung in sein Herkunftsland geschützt und wusste sein Eigentum und seinen Betrieb zumindest rechtlich gesichert.<sup>1</sup>

Dieser Fall illustriert die im Folgenden zu analysierende Problematik der wirtschaftlichen Integration von Zuwandernden im 19. Jahrhundert in Sachsen. Es soll darauf eingegangen werden, inwiefern Arbeit und Erwerbstätigkeit bei der temporären Migration wie bei der dauerhaften Niederlassung<sup>2</sup> zu dieser Zeit

1 Vgl. Staatsfilialarchiv Bautzen (StFilAB), 50016 Amtshauptmannschaft Zittau (AH Zittau), Nr. 602, Lage 24.

2 Der Begriff „Zuwanderung“ definiert alle Formen der Migration unabhängig vom Grund des Zuzugs. Unter „Einwanderung“ wird hingegen eine Migration mit der

thematisiert und instrumentalisiert wurden.<sup>3</sup> Welche Vor- und Nachteile ergaben sich für die Zuwanderer aus den erlernten Berufen bzw. der angestrebten Tätigkeit am Ansiedlungsort? Wie wurde dies argumentativ ausgenutzt? Welche Rollen nahmen die Migranten und die Behörden des Aufnahmelandes ein, in diesem Spiel „mit falschen Karten auf beiden Seiten“?<sup>4</sup>

Der Beitrag basiert auf dem interdisziplinären Projekt „Migration und Toleranz. Historisch-volkskundliche Studien zur Einwanderung im Dreiländereck Sachsen-Böhmen-Schlesien im 19. Jahrhundert“, das 2007 bis 2009 am Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde in Dresden angesiedelt war. Zusammen mit der Ethnologin Katrin Lehnert hat der Verfasser die Migrationen in Ostsachsen, das heißt die Ein- und Auswanderungen, die alltägliche Mobilität über die Grenze, die alltagskulturellen Facetten dieser Prozesse und die gesellschaftlichen Debatten hierzu untersucht.<sup>5</sup> Hauptintention war es, die Strukturen und Konjunkturen der Einwanderung in der sächsischen Oberlausitz zu analysieren. Dabei ging es zunächst darum, für die Zeit zwischen Wiener Kongress und der Reichsgründung ein möglichst vollständiges Bild der in der untersuchten Region stattgefundenen Wanderungsformen<sup>6</sup> zu zeichnen und im Anschluss besonders die dauerhaften Niederlassungen zu analysieren. Im Fokus stand die Frage,

Absicht zu bleiben verstanden, hier durch den Erwerb der sächsischen Staatsangehörigkeit. Dagegen meint „temporäre Migration“ vorrangig Arbeitswanderungen aus dem Ausland, die ursprünglich nur für eine gewisse Zeit angelegt waren. „Ausland“ bezieht sich dabei – dem Verständnis der untersuchten Zeit folgend – auf alle nicht-sächsischen Territorien. Zur Problematik der Trennung dieser Wanderungsformen vgl. Tilly, Charles: Migration in Modern European History, in: McNeill, William H./Adams, Ruth S. (Hrsg.): Human Migration. Patterns and Policies, Bloomington 1978, S. 48-74, hier S. 55; Del Fabbro, René: Wanderarbeiter oder Einwanderer? Die italienischen Arbeitsmigranten in der Wilhelminischen Gesellschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte 32 (1992), S. 207-229, hier S. 209. Zum fließenden Übergang von temporärer Migration und Einwanderung in Ostsachsen vgl. Vogel, Lutz: Von der Arbeitsmigration zur dauerhaften Niederlassung. Ein Beitrag zur Einwanderung in die sächsische Oberlausitz im 19. Jahrhundert, in: Neues Lausitzisches Magazin 135 (2013), S. 133-142.

3 Vgl. Hahn, Sylvia: Arbeit – Migration – Geschlecht. Arbeitsmigration in Mitteleuropa vom 17. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, Göttingen 2008, S. 249.

4 Bade, Klaus J.: Historische Migrationsforschung, in: Bommers, Michael/Oltmer, Jochen (Hrsg.): Sozialhistorische Migrationsforschung, Göttingen 2004, S. 27-48, hier S. 29 f.

5 Vgl. u. a. Vogel, Lutz: Aufnehmen oder abweisen? Kleinräumige Migration und Einbürgerungspraxis in der sächsischen Oberlausitz 1815-1871, Leipzig 2014; Lehnert, Katrin: Weder sesshaft noch migrantisch. Alltagsmobilität ländlicher Unterschichten und die Genese eines modernen Grenzregimes im 19. Jahrhundert, Diss. München 2013; Lehnert, Katrin/Vogel, Lutz (Hrsg.): Transregionale Perspektiven. Kleinräumige Mobilität und Grenz Wahrnehmung im 19. Jahrhundert, Dresden 2011.

6 Zu den Schwierigkeiten der Rekonstruktion temporärer Migrationen im 19. Jahrhundert in Sachsen vgl. Vogel: Aufnehmen, S. 104-110.

welche Personen sich aus welchen Motiven zu welchen Zeiten und mit welchen Erfolgchancen in Sachsen niederlassen wollten. Ferner wurde untersucht, wer warum aufgenommen und wer aus welchen Gründen mit seinem Gesuch abgewiesen wurde. Aufgrund der Grenzlage zwischen Preußen und dem zur Habsburgermonarchie gehörenden Königreich Böhmen war die betrachtete Region auch ein Transitraum: für Saisonarbeiter, für Diensthofen, für Handwerksgesellen auf der „Walz“, für Wanderhändler und andere Angehörige mobiler Berufe.<sup>7</sup>

Ohne an dieser Stelle das umfangreiche rechtliche Prozedere ausführlich zu erklären, sei nur so viel angemerkt: Einwandernde waren zum Erwerb der sächsischen Staatsangehörigkeit gezwungen, wenn sie ein selbstständig betriebenes Gewerbe ausüben oder Grundbesitz erwerben wollten. Sie hatten sich einer behördlichen Überprüfung ihrer Lebenssituation zu unterziehen, mussten ihr Vermögen offenlegen und ihre „Militärfreiheit“ nachweisen.<sup>8</sup> In ihrem Lebensumfeld wurden von Polizeibehörden Erkundigungen eingeholt, die so manche Beschönigung der Angaben der Niederlassungswilligen aufdecken konnten. Die Entscheidung darüber, ob eine Person in den sächsischen „Untertanenverband“ aufgenommen wurde, fällt schließlich die regionale Staatsbehörde (in Sachsen ab 1835 die Kreisdirektion, ab 1874 die Kreishauptmannschaft als staatliche Mittelbehörde, die mit den preußischen Regierungsbezirken vergleichbar war), sodass der Staat stets direkten Zugriff auf derartige Entscheidungen hatte.<sup>9</sup> Diejenigen, die nur zeitweise in Sachsen leben und arbeiten wollten, hatten sich mit entsprechenden Dokumenten<sup>10</sup> ihrer Heimatgemeinde auszuweisen, die garantieren sollten, dass sie dort gegebenenfalls wieder aufgenommen würden, sollten sie verarmen oder erkranken.

Eine Betrachtung der Herkunftsregionen von Personen, die im 19. Jahrhundert nach Sachsen zogen, erfordert eine Differenzierung nach dem Ansiedlungsgebiet, konkret danach, ob sie überregionale Anziehungspunkte (zum Beispiel die Messestadt Leipzig, die Residenzstadt Dresden, aber auch Freiberg und Tharandt aufgrund der bekannten Bildungsstätten vor Ort) ansteuerten oder sich

7 Vgl. Lehnert, Katrin: „Der Streit um den Hausierer ist ein Kampf der durch seine Tätigkeit berührten Interessen“. Wanderhandel im Zeichen ländlicher Modernisierungsprozesse, in: *Volkskunde in Sachsen* 24 (2012), S. 141-163.

8 Durch die Prüfung der „Militärfreiheit“ sollte die Auswanderung von Männern verhindert werden, die sich dem Militärdienst entziehen wollten.

9 Ausführlicher zu den rechtlichen Rahmenbedingungen der Einwanderung in Sachsen und deren praktische Auslegung vgl. Vogel: *Aufnehmen*, S. 33-88, 206-224. Der Begriff des Untertanenverbandes war in Sachsen bis 1918 in Gebrauch; vgl. Gosewinkel, Dieter: *Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland*, 2. Auflage, Göttingen 2003, S. 63 f.

10 Dazu zählten z. B. Reisepässe, Heimatscheine, Wander- oder Gesindezeugnisbücher.

in ländlichen Regionen niederließen. So dominierte in den ländlichen Regionen Sachsens die Zuwanderung aus den direkt angrenzenden Gebieten der jeweiligen Nachbarländer: Die meisten nach Nordsachsen migrierenden Landarbeiter kamen aus Preußen, nach Ostsachsen zogen vor allem Handwerker und Dienstboten aus Schlesien und Nordböhmen. In Südwestsachsen stammten dagegen viele der im protoindustriellen Gewerbe Beschäftigten aus den thüringischen Kleinstaaten oder aus Bayern. Für die in Ostsachsen gelegene Oberlausitz konnte ermittelt werden, dass über 90 Prozent aller Zuwandernden aus Preußen und Österreich, hier insbesondere aus dem benachbarten Böhmen, stammten. Und eine detailliertere Betrachtung der Entfernung zwischen Herkunfts- und Niederlassungsort ergab, dass rund 70 Prozent aller Zuwanderer in der Oberlausitz aus einem Ort im Umkreis von maximal 50 Kilometern stammten.<sup>11</sup>

Anders dagegen in den Großstädten: Hier finden sich auch die aus der Nähe der sächsischen Grenze stammenden Fabrikarbeiter aus Böhmen und Dienstmädchen aus Preußen,<sup>12</sup> zugleich ist die Bandbreite der Tätigkeiten wie auch der Herkunftsregionen in diesen städtischen Agglomerationen weitaus größer: Dienstpersonal in adligen wie bürgerlichen Haushalten, Gouvernanten, Sprachlehrerinnen und Sprachlehrer aus England und Frankreich, Gelehrte aus Russland und England, amerikanische Studenten an der traditionsreichen Bergakademie in Freiberg oder der Forstakademie in Tharandt bei Dresden, Lehrlinge aus Italien oder Galizien, Gesandte aus vielen Staaten Europas, Unternehmer aus England oder auch Personen mit heute kurios anmutenden Berufen wie zum Beispiel Andreas Grubhofer aus Innsbruck, der sich in Chemnitz als „Elefantenfürher“ aufhielt.<sup>13</sup> Die – aus verschiedenen Gründen – überregionale Bedeutung von Städten vergrößerte auch in Sachsen das Einzugsgebiet der Zuwanderer.

Im Folgenden wird versucht, aus der Perspektive der an der Aufnahme von Zuwanderern beteiligten Akteure den Blick auf das Thema Arbeit und Migration zu lenken. Mit den Schlagworten Chancen, Ängste und Widerstände werden die unterschiedlichen Sichtweisen von Zuwanderern, staatlichen wie kommunalen Behörden sowie von Vertretern der Aufnahmegesellschaft auf die

11 Vgl. Vogel: *Aufnehmen*, S. 166-173. Stichprobenartige Vergleiche des Verfassers zur Niederlausitz und zum Erzgebirge zeigen ähnliche Ergebnisse. Die Dominanz kleinräumiger (grenzüberschreitender) Wanderungen in ländlichen Regionen ist ein Charakteristikum der Migrationsgeschichte des 19. Jahrhunderts. Vgl. Oberpenning, Hannelore/Steidl, Annemarie (Hrsg.): *Kleinräumige Wanderungen in historischer Perspektive*, Osnabrück 2001.

12 Vgl. Sächsisches Staatsarchiv – Hauptstaatsarchiv Dresden (HStAD), 10736 Ministerium des Innern (Mdl), Nr. 275b, fol. 59-62, 464-475, 563-574; Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam, Rep. 3 B Regierung Frankfurt (Oder), I St., Nr. 973, unpag.

13 Vgl. HStAD, 10736 Mdl, Nr. 275b, fol. 342-369.

Arbeitsmigration charakterisiert. Weiterhin wird der lokale Umgang mit den „Fremden“ dargestellt.

## Chancen: Migrantinnen und Migranten

Zuwanderung eröffnet Chancen. Dies gilt, wie von der historischen Migrationsforschung inzwischen anhand vieler Beispiele dargestellt, für die aufnehmenden Gemeinden, Regionen und Staaten ebenso wie für die Zuwandernden.<sup>14</sup> Im Sachsen des 19. Jahrhunderts war dies nicht anders. Die sich hier rasch wandelnden und ausdifferenzierenden Arbeitsmärkte zogen – trotz einiger schwerer Wirtschaftskrisen – eine ebenso differenzierte Nachfrage nach Arbeitskräften in den verschiedensten Branchen nach sich. So zum Beispiel in der sich entwickelnden Industrie, die unter anderem zu Binnenmigrationen aus ländlichen Gebieten Sachsens führte, sodass dort Landarbeiter gesucht wurden.

Nahezu allen Gesuchen um Aufnahme in die sächsische Staatsangehörigkeit war gemein, dass die Einwandernden – im Regelfall mithilfe ihrer Anwälte, die diese Gesuche formulierten – ihre Lebensläufe als ‚Erfolgsgeschichten‘ konstruierten. Sie lebten oft bereits viele Jahre in dem Ort oder der Gegend, in der sie sich dauerhaft niederlassen wollten. Sie kannten die ökonomischen Gegebenheiten und auch – insbesondere in ländlichen Gebieten – die Personen, die über ihre Aufnahme entscheiden sollten. Letztlich ging es darum, ihre Lebensgeschichten in bestmöglichem Licht darzustellen und besondere Kompetenzen zu betonen, die begünstigend auf die behördliche Entscheidung wirken sollten.<sup>15</sup> Angereichert wurden diese Argumentationen oft mit wohlwollenden Zeugnissen aus vorherigen Aufenthaltsorten oder von früheren Arbeitgebern. Eine in den Augen der Behörden erfolgreiche Erwerbsbiografie war dem Aufnahmewunsch stets zuträglich. Der eingangs erwähnte Schuhmacher Grohmann sagte zum Beispiel aus, dass er „reichliche Arbeit“ und sich durch „gute und billige Arbeit [...] viele

14 Vgl. hierzu die zusammenfassenden und mit zahlreichen Beispielen versehenen Überlegungen von Schulte Beerbühl, Margrit: Ein schwieriges Verhältnis: Arbeitsmarkt und Migration, in: Dahlmann, Dittmar/dies. (Hrsg.): Perspektiven in der Fremde? Arbeitsmarkt und Migration von der frühen Neuzeit bis in die Gegenwart, Essen 2011, S. 9-24.

15 So wurde z. B. 1822 ein Leineweber in Sachsen aufgenommen, „da er [...] recht hübsch schreiben und rechnen kann, welche Fähigkeit dem größten Theile hiesiger Unterthanen ganz abgeht.“ StFilAB, 50009 Oberamt/Oberamtsregierung Budissin (OA Budissin), Nr. 4033, fol. 155 f. Ein Bauernknecht leistete zur selben Zeit in der Gemeinde, in der er lebte, „bei gefährlichen Spannleistungen untadelhafte Dienste“, was sich positiv auf seine Aufnahme auswirkte. Ebd., fol. 23.

Kunden erworben“ habe.<sup>16</sup> Und ein 26-jähriger Sattler aus Böhmen gab 1866 bei einer Befragung an, er finde sich „zu diesem Schritte hauptsächlich durch die sichere Aussicht[,] in Sachsen[,] speziell in Großschönau besseres Fortkommen zu finden als in Böhmen, bewogen, umso mehr[,] als [er] hier im Orte bereits nicht unbedeutende Kundschaft erworben habe.“<sup>17</sup> Bisweilen sezierten die Antragsteller auch detailliert lokale Wirtschaftsstrukturen, um nachzuweisen, weshalb ihre Aufnahme nötig sei, wie bei einem Schmied aus Böhmen, der 1849 in seinem Gesuch formulierte: „Es liegt daher auch auf der Hand, dass *ein* Schmidt [sic!] das bei so vielem Zugvieh fortwährend entstehende Bedürfnis mit eigener Kraft nicht befriedigen kann. Weniger noch aber kann dies geschehen, wenn derselbe verschiedene Arbeiten, zu den[en] ihm die Fertigkeit abgeht, gar nicht zu leisten vermag.“<sup>18</sup>

Interessant ist dabei auch die Eigensicht der Zugewanderten, wie wiederum aus den Aussagen des Schuhmachers Grohmann hervorgeht: „Würde das Publikum nicht zufrieden mit mir sein, so würde man gewiss nicht mir, dem bisher Fremden, sondern den Einheimischen die Arbeit zugewendet haben.“<sup>19</sup> Welch großen Einfluss die tatsächlichen Erwerbschancen auf die Wanderungsentscheidung hatten, zeigt sich an der Aussage eines Bäckers aus dem Jahr 1867. Nur wenige Monate, nachdem er eine Aufnahmezusicherung<sup>20</sup> erhalten hatte, zog er seinen Antrag mit folgender Begründung zurück: „Da die von mir [...] eingerichtete Bäckerei [sich] wider aller Erwarten durchaus nicht rentirt, ich vielmehr nachsetzen muß, habe ich mich entschlossen[,] von [der] Gewinnung des Unterthanenrechtes im Königreich Sachsen abzusehen und mich wieder zurück zu meinem Vater [...] zu begeben.“<sup>21</sup>

Andererseits übten Zugewanderte auch andere Berufe als die erlernten aus, um nicht mit den Einheimischen in Konkurrenz treten zu müssen. Gelegentlich warteten sie – in der Zeit vor Einführung der Gewerbefreiheit 1862 – in anderen Arbeitsstellen auf eine „günstige Gelegenheit“, wie ein Schneider aus Schlesien, der 1850 angab, so lange als Briefträger zu arbeiten, bis sich die Möglichkeit zum Erwerb des Meisterrechts seiner Profession ergebe.<sup>22</sup>

16 StFilAB, 50016 AH Zittau, Nr. 602, Lage 24, fol. 1.

17 StFilAB, 50016 AH Zittau, Nr. 603, Lage 51, fol. 1.

18 StFilAB, 50012 Kreisdirektion/Kreishauptmannschaft Bautzen (KD/KH Bautzen), Nr. 515, fol. 32. Hervorhebung im Original.

19 StFilAB, 50016 AH Zittau, Nr. 602, Lage 24, fol. 2.

20 Das rechtliche Prozedere sah vor, dass für die Beantragung der Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit eine Zusage eines anderen Staates zur Aufnahme in die dortige Staatsangehörigkeit nachgewiesen werden musste.

21 StFilAB, 50016 AH Zittau, Nr. 603, Lage 57, fol. 9.

22 StFilAB, 50012 KD/KH Bautzen, Nr. 516, fol. 148-150. Zu derartigen „Opportunitätsstrukturen“ der Wanderungsentscheidung vgl. Oltmer, Jochen: Migration im 19. und 20. Jahrhundert, München 2010, S. 4 f.

Was schließlich die Organisation von Arbeitsstellen betrifft, so sind auch in Sachsen sogenannte Kettenwanderungen<sup>23</sup> nachweisbar. Zu sehen ist dies beispielsweise bei böhmischen Bergarbeitern im westsächsischen Bergbaurevier oder bei Blumenarbeiterinnen in Sebnitz. Von den letzteren, die 1857 bei einer Zählung der österreichischen Bevölkerung in Sachsen verzeichnet wurden, entstammten die meisten einem einzigen Ort in Nordböhmen.<sup>24</sup>

Zugleich argumentierten die mit Zuwandernden befassten Behörden mit den Chancen, die dieselben für die aufnehmenden Gemeinden boten. Über einen aus Böhmen stammenden Zimmerer schrieb eine Gemeinde 1823, „sein Gewerbe ist nützlich und in Spitzkunnersdorf nicht häufig“, und befürwortete damit seine Aufnahme.<sup>25</sup> Und im Zuge einer Auseinandersetzung über die Anwesenheit von ausländischen Arbeitern in einer Glasfabrik in der Nähe von Bautzen konstatierte die Staatsbehörde 1848, dass der Betrieb der Firma ohne die ausländischen Arbeitskräfte gar nicht aufrecht erhalten werden könne und deshalb – „zur Vermeidung von Störungen“ – weitere Ermittlungen gegen die Arbeiter nicht geführt werden sollten.<sup>26</sup>

Auch Fabrikanten, die neue Industriebetriebe etablieren wollten, sahen die Chancen, die sich ihnen durch die Zuwanderung bzw. durch das Pendeln von potenziellen Arbeitskräften aus dem Ausland boten. Teilweise wurden neue Fabriken bewusst in Grenznähe errichtet, Arbeiterinnen und Arbeiter mithilfe von Zeitungsannoncen im Nachbarland gesucht bzw. infrastrukturelle Rahmenbedingungen insofern verbessert, dass sich der Transport von Tagespendlern erleichterte.<sup>27</sup> Aus Ostsachsen ist zum Beispiel überliefert, dass aufgrund der Intervention von Fabrikbesitzern der Fahrplan einer sächsisch-böhmischen Eisenbahnverbindung so verändert wurde, dass die von dort täglich pendelnden Arbeiter frühmorgens pünktlich zum Schichtbeginn in den jeweiligen Fabriken sein konnten: „Nicht nur, daß die Einfachheit dieser Einrichtung anzuerkennen ist, so muß dieselbe für eine große Zahl der Arbeiter selbst als eine nicht zu verkennende Wohlthat erachtet werden, da bei rauer und nasser Jahreszeit der

23 Unter „Kettenwanderungen“ ist ein mehrstufiger Migrationsprozess zu verstehen, der sich aufgrund der Kommunikation zwischen Fortgezogenen und Zurückgebliebenen im Laufe der Zeit verstärken kann. Derartige Prozesse sind nicht nur innerhalb von Familien, sondern auch in den Herkunftsorten der Gewanderten nachweisbar. Vgl. Krebber, Jochen: Kettenwanderung als migrationshistorisches Paradigma. Überprüfbares Konzept oder metaphorischer Bezugspunkt?, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 19 (2008), H. 1, S. 43-59.

24 HStAD, 10736 MdI, Nr. 275b, fol. 59-62, 464-475, 563-574.

25 StFilAB, 50009 OA Budissin, Nr. 4034, fol. 35.

26 Vgl. Vogel: Aufnehmen, S. 141-143.

27 Murdock, Caitlin E.: Changing Places. Society, Culture, and Territory in the Sax-on-Bohemian Borderlands, 1870-1946, Ann Arbor 2010, S. 41.

Arbeiter, entkräftet und geschwächt von dem beschwerlichen Marsche, sein Tagewerk verrichten muß, dasselbe in vielen Fällen nicht gleich, wohl auch gar nicht, zu beginnen vermag!<sup>28</sup> Und aus einer anderen Fabrik in derselben Region ist dokumentiert, dass die dort beschäftigten böhmischen Arbeitskräfte aus bis zu zweieinhalb Stunden Fußweg entfernten Orten kamen, Arbeit „suchten und erhielten“ und „Sonnabends schaarenweise mit den verdienten Löhnen über die Grenze der Heimath“<sup>29</sup> zogen.

## Ängste: Die Furcht vor der finanziellen „Last“

Unter das Schlagwort „Ängste“ soll im Folgenden das behördliche Handeln gegenüber den Zuwanderern gestellt werden. Wichtigste Leitlinie dieses Handelns war die Vermeidung von Fällen, in denen Einwandernde – zum Beispiel aufgrund von Verarmung oder Erkrankung – den Gemeinden früher oder später finanziell „zur Last“<sup>30</sup> fielen. Dazu trat die Prämisse, „daß durch Ausländer das Unterkommen für eingebohrne Landeskinder nicht erschwert“<sup>31</sup> werden sollte.

Aus diesem Grund wurden die Angaben der Einwandernden genau geprüft, Erkundigungen eingezogen, bei Handwerkern wurde – nicht nur bis zur Einführung der Gewerbefreiheit – die jeweilige Innung befragt. Im Grunde drehten sich die Ermittlungen stets um die Frage, ob die Person, aus der Perspektive der Behörden, genügend Aussichten hatte, sich und gegebenenfalls die zugehörige Familie selbstständig ernähren zu können. In den Blick geriet damit auch der lokale Arbeitsmarkt, in den sich die Zuwandernden integrieren sollten. Neben übergreifenden Strukturen – Landarbeiter wurden über das gesamte 19. Jahrhundert gesucht,<sup>32</sup> Arbeiter im Textilsektor dagegen zumeist abgewiesen

28 Allgemeiner Zittauer Anzeiger, 22.12.1866, S. 1.

29 Grüllich, Carl Gottlieb: Ein arbeitsreiches Leben. Gedenkblätter zum 50jährigen Geschäftsjubiläum der Firma H. R. Marx in Seiffhennersdorf 1842-1892, Seiffhennersdorf 1892, S. 32.

30 Vgl. z. B. eine Auslassung des Zittauer Stadtrates vom Mai 1822: „Sehr häufig sind Fälle vorgekommen, daß Fremde mit ungleich bessern Aussichten auf Erwerb allhier sich niedergelassen und dennoch in kurzer Zeit in Armuth und Nahrlosigkeit versunken sind. Sie fallen sodann mit Weib und Kindern der Stadt zur Last, vermehren die Anzahl derer, die auf öffentliche Unterstützung Anspruch machen und vergrößern die Listen der Restanten bei der Steuer- und anderen öffentlichen Kassen.“ StFilAB, 50009 OA Budissin, Nr. 4033, fol. 140.

31 StFilAB, 50009 OA Budissin, Nr. 4033, fol. 30.

32 Vgl. Vogel, Lutz: „...daß der hiesige Amtsbezirk ohne fremdes landwirtschaftliches Gesinde nicht bestehen könne.“ Die Migration von Landarbeiterinnen und Landarbeitern in der sächsischen Oberlausitz im 19. Jahrhundert, in: Volkskunde in Sachsen 24 (2012), S. 165-186.

– waren es vor allem die kommunalen Erwerbsmöglichkeiten, die – neben der Person selbst – über die Aufnahme entschieden. So konnte es durchaus vorkommen, dass in einem Ort ein Beruf ‚überlaufen‘ war und die Kommune von einer Aufnahme absah, in einer nicht weit entfernten Gemeinde aber dringend dieselbe Profession gesucht wurde. In manchen Branchen galten ausländische Fachkräfte zudem als qualifizierter, beispielsweise böhmische Dachdecker<sup>33</sup> oder Glasarbeiter aus Böhmen, Preußen, Galizien und den Niederlanden. Wie die Besitzer einer Glasfabrik nahe Bautzen 1849 berichteten, wäre „ohne diese Ausländer die Glasfabrikation [...] gar nicht mehr [möglich], indem es [...] in Sachsen bis jetzt noch nicht gelungen [sei], gute und tüchtige Glasmacher aus Inländern heranzubilden, vielmehr in allen Glasfabriken Sachsens die Mehrzahl der Glasmacher aus Ausländern [...] besteh[e], und keine dieser Fabriken ohne dergleichen Ausländer im Stande sein würde, mit Erfolg mit den ausländischen Fabriken zu concurriren.“<sup>34</sup>

Sollte ein gänzlich neuer Geschäftszweig etabliert werden, standen die Behörden Einwandernden besonders offen gegenüber. Zur Niederlassung eines Goldstaffierers und Lackierers aus Böhmen bemerkten die Zittauer Stadtverordneten 1864, man befürworte dessen Niederlassung in der Stadt, da „der Geschäftszweig ein neuer [und in] dem Orte [bisher] nicht vertreten ist“.<sup>35</sup> Und wiederum bei Schuhmacher Grohmann argumentierte der zuständige Gemeinderat zwischenzeitlich, man wolle ihm die Niederlassung nicht gestatten, „und zwar aus dem Grunde, daß die schon vorhandenen Schuhmacher in ihrem Gewerbe nicht beschränkt werden.“<sup>36</sup>

Zu diesen lokalen Auseinandersetzungen, die zumeist eine wie auch immer geartete „Nützlichkeit“ beziehungsweise „Brauchbarkeit“ der Einwandernden thematisierten, traten Aushandlungsprozesse zwischen den beteiligten Behörden. „Gegenwärtig haben wir [...] drei Gesuche von Ausländern [...], die durch ihren langen Aufenthalt in hiesiger Gegend, durch beigebrachte gute Zeugnisse und durch die *Nützlichkeit* ihrer erlernten Professionen für den ländlichen Nahrungsstand [...] zu einer Aufnahme sich qualifizieren“, schrieb zum Beispiel

33 Vgl. Friedreich, Sönke: Fremd bleiben. Perspektiven auf Nahmobilität und Pendelmigration zwischen Böhmen und Dresden im 18. und 19. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Europäische Ethnologie 4 (2009), S. 149-164.

34 StFilAB, 50012 KD/KH Bautzen, Nr. 4705, fol. 136 f.

35 Stadtarchiv Zittau (StdAZ), Abt. I, Abschn. IX, Abs. b, Nr. Lit. G, Bd. 12, fol. 5. Diese Offenheit resultierte eventuell auch aus der Tatsache, dass es in diesen Fällen nicht zu Konflikten mit Innungen oder Konkurrenten kommen konnte. Vgl. Metasch, Frank: Exulanten in Dresden. Einwanderung und Integration von Glaubensflüchtlingen im 17. und 18. Jahrhundert, Dresden 2011, S. 182 f.

36 StFilAB, 50016 AH Zittau, Nr. 602, Lage 24, fol. 4.

eine Lokalbehörde in den 1830er-Jahren.<sup>37</sup> Eine andere Behörde bemerkte etwa zur selben Zeit über einen aus Böhmen stammenden Weber: „In Berücksichtigung [...], daß derselbe als ein solider und *brauchbarer Mensch* zeithero bekannt geworden, auch niemals Anlaß zu einer Beschwerde gegeben, so habe ich mich entschlossen, diesen [...] sofort anzunehmen.“<sup>38</sup> Ein Letztentscheidungsrecht hatte aber stets die regionale Staatsbehörde,<sup>39</sup> die nicht selten auch unzulässige Gründe für die Abweisung von Einwanderern durch die lokalen Gremien bemängelte und die Aufnahme gegebenenfalls gegen den Willen der Kommune durchsetzte. Und schließlich ist im behördlichen Handeln auch eine Nationalisierung der Einbürgerungspraxis feststellbar. Insbesondere nach 1871 ist es augenfällig, dass die Aufnahme österreichischer Staatsangehöriger wesentlich zögerlicher erfolgte. Öfter als bei der Einwanderung von Reichsangehörigen wurden hierbei die wirtschaftlichen Aussichten negativ beurteilt. So zum Beispiel bei dem Färber Ernst Wilhelm Ebermann, der 1890 als Arbeiter einer Textilfabrik nach Zittau kam, dort 1893, 1898 und 1901 erfolglos um seine Naturalisation nachsuchte und schließlich erst 1911 Aufnahme fand, nachdem sein in der Stadt nicht ohne Einfluss agierender Arbeitgeber bescheinigte, dass er „ein treuer, solider Arbeiter [und zudem] auch ein monarchisch denkender, der Socialdemokratie abgeneigter Mann“ sei.<sup>40</sup>

## Widerstände: Offener und verdeckter Protest

Unter dem Punkt „Widerstände“ soll auf die Perspektive der Aufnahmegemeinden eingegangen werden. Wenn sich Proteste gegen die Ansiedlung von „Fremden“ in den Schriftquellen niederschlugen, was insgesamt aber eher selten der Fall war, spielte der Faktor Arbeit die wichtigste Rolle. Auch hier ist für die Zeit nach der Reichsgründung eine Nationalisierung der Argumentation feststellbar. Übergreifendes Motiv für Proteste gegen den Aufenthalt oder die Niederlassung von Ausländern war die Furcht vor dem Verlust eigener Arbeitsmarktchancen.

37 StFilAB, 50009 OA Budissin, Nr. 4034, fol. 34. Hervorhebung durch den Verfasser.

38 StFilAB, 50009 OA Budissin, Nr. 4033, fol. 12. Hervorhebung durch den Verfasser.

39 „Eine regelmäßige Concurrenz der Staatsbehörde bei jedem Acte erscheint daher nicht nur staatsrechtlich vollkommen begründet, sondern entspricht auch den Bedürfnissen einer guten staatlichen Ordnung, da nur auf diesem Wege das Eindringen ungeeigneter, dem Gesamtwohle *schädlicher Elemente* in den Staatsverband mit Sicherheit verhindert und über das [...] keineswegs immer zuverlässige Verfahren der Gemeinden in der fraglichen Beziehung eine stets nützliche [...] Controle geübt werden kann.“ Landtags-Acten vom Jahre 1851/52, 1. Abteilung, Bd. 1, Dresden 1852, S. 50. Hervorhebung durch den Verfasser.

40 StdAZ, Abt. I, Abschn. IX, Abs. b, Nr. Lit. E, Bd. 11, fol. 36.

Die ausländische Staatsangehörigkeit der oft schon über Jahrzehnte im Land lebenden Konkurrenten wurde dabei instrumentalisiert und negativ konnotiert. Daran wird die Konstruktion von Fremdheit, die imaginierte Grenze zwischen ‚uns‘ und ‚denen‘, sehr gut deutlich. Es waren vordergründig vor allem wirtschaftliche Gründe, die Widerstand gegen die Zuwandernden erzeugten. So protestierte zum Beispiel die Bautzener Schlosserinnung 1842 gegen die Niederlassung eines aus dem Ausland stammenden Schlossers mit der Begründung, „daß dieser neue Zuwachs für uns äußerst drückend“ sei und dass „von den 9 Meistern, die sich mit Schlosserarbeit beschäftigen, [...] die Mehrzahl fast gar Nichts zu thun“ habe.<sup>41</sup> „[Z]u ein[em] neuen Schneider laufen alle“, klagten 1831 Berufsgenossen eines Einwanderers in der Gemeinde Ruppertsdorf.<sup>42</sup> Und neben derartigen Protesten kam es auch zu Drohungen: 1866 kündigte ein 17-jähriger Weberbursche aus einem Dorf östlich von Zittau an, dass „das ganze Dorf in 4 Ecken in Flammen stehen“ würde, wenn nicht „alle fremden Dienstboten in 4 Wochen fortgeschafft“ wären. Als Grund gab er an: „Die Sachsen hätten keine Arbeit.“<sup>43</sup>

Und schließlich kam am Ende des 19. Jahrhunderts noch eine nationale beziehungsweise ethnische Komponente der gesellschaftlichen Problematisierung hinzu, was am Beispiel eines in einer Zeitung veröffentlichten Gedichtes und eines Protestbriefs eines Arbeiters aus Pirna geschildert werden soll. Dieser schrieb 1890, dass er seit Jahren als Bauarbeiter tätig sei und beklagte sich über die Konkurrenz von böhmischen Arbeitern wie folgt: „Da kommen die Böhmen zugezogen, wie die Heuschrecken! – sie überschwemmen förmlich unser [...] liebes Sachsenland! – Sie kommen täglich; nicht allein zu Fuß und [...] fuhrenweise; sondern sie kommen auch mit den Dampfschiffen und Eisenbahnzügen, wo sie oft aus den Wagen heraus springen, wie wildes Vieh!“ Aus seiner Sicht wäre es besser, „immer mit den eigenen Landsleuten [zu] hantieren, als mit fremden Nationen, die uns bloß ausnutzen.“<sup>44</sup> Seinem Brief legte er ein Gedicht bei, das im Juni 1890 im „Pirnaer Anzeiger“ abgedruckt worden war und deutlich die diffuse Angst vor „Überfremdung“ zeigt:

41 Stadtarchiv Bautzen (StdAB), 62001 Neues Archiv Rep. I, Nr. 1554, fol. 25 f.

42 StFilAB, 50009 OA Budissin, Nr. 4036, fol. 1.

43 Allgemeiner Zittauer Anzeiger, 26.5.1866, S. 2.

44 HStAD, 10736 MdI, Nr. 15855, fol. 52.

„Es wird doch immer schlimmer  
 Im lieben Sachsenland;  
 die Böhmen und die Polen  
 die nehmen überhand.  
 Es wird nicht lang mehr dauern;  
 O Elend und o Graus!  
 Da treiben uns die Fremden  
 Zum Vaterland hinaus!“<sup>45</sup>

Die daraufhin eingeleiteten Untersuchungen des sächsischen Innenministeriums ergaben ein anderes Bild: Der Großteil der befragten Gemeindevertreter lobte das Verhalten der ausländischen Arbeiter. Böhmisches Arbeitskräfte galten „als aushaltender, zufriedener und anspruchsloser“ als inländische, zudem als „fleißig, geschickt und ruhig“.<sup>46</sup> In Pirna wurde bestritten, dass der Lohn der einheimischen Arbeitskräfte gedrückt werde, an anderen Orten wurde dies hingegen bestätigt und angedeutet, dass böhmische Arbeiter von den Arbeitgebern eingestellt würden, „wenn die inländischen Arbeiter mitten in reger Produktionsperiode mit unerfüllbaren Forderungen kommen.“<sup>47</sup> Die Kreishauptmannschaft Dresden kam zum Schluss, dass kein Handlungsbedarf bestehe. Zum Schutz der sächsischen Arbeiterschaft schlug sie dem Innenministerium jedoch vor, zu erwägen, ob in Zukunft bei Staatsbauten die Annahme ausländischer Arbeitskräfte beschränkt werde. Das Ministerium gab jedoch zu bedenken, dass eine größere Anzahl ausländischer Arbeitskräfte nur auf den Baustellen nahe der Landesgrenze anzutreffen sei und diese nur für Arbeiten eingestellt würden, für die Inländer nicht zu finden seien. Außerdem schloss sich das Ministerium der Meinung an, „daß die inländischen Arbeiter in vielen Fällen durch überspannte Ansprüche an die Arbeitgeber und durch die an den Tag gelegte Neigung zu Arbeitseinstellungen selbst die Annahme ausländischer Arbeiter erst veranlaßt“ hätten.<sup>48</sup>

45 Spieker, Ira: Bilder in Bewegung? Mobilität und Stereotype in sächsischen Grenzregionen im 19. Jahrhundert: Zur Nationalisierung und Ethnifizierung von Fremdheit, in: Reinhard Jöhler/Max Matter/Sabine Zinn-Thomas (Hrsg.): Mobilitäten. Europa in Bewegung als Herausforderung kulturanalytischer Forschung, Münster 2011, S. 500-509, hier S. 500; Lehnert: Alltagsmobilität, S. 387-390.

46 HStAD, 10736 Mdl, Nr. 15855, fol. 61-65.

47 Ebd., fol. 64.

48 Ebd., fol. 75.

## Resümee

Arbeit, Erwerbstätigkeit und (kleinräumige) Migration in einem deutschen Mittelstaat im 19. Jahrhundert: Viele Facetten der Konstruktion von ‚Eigenem‘ und ‚Fremden‘ lassen sich daran ablesen. Für die Migranten war sicher nicht immer Sachsen das Ziel, sondern die Chance auf eine hinreichende Existenzsicherung qua Erwerbstätigkeit. Das gewerblich und später industriell hoch entwickelte Königreich bot hierfür viele Möglichkeiten, zugleich existierten aber auch rechtliche wie gesellschaftliche Hürden, die es zu überwinden galt. Einerseits benötigte die sächsische Wirtschaft Arbeitskräfte. Landarbeiter, die vor allem in Nordsachsen und der sächsischen Oberlausitz Beschäftigung fanden, waren ebenso gesucht wie Fabrikarbeiter. Trotz eines beachtlichen Bevölkerungswachstums konnte diese Nachfrage nicht allein aus dem Inland gedeckt werden, weshalb Unternehmer bisweilen ganz gezielt neue Fabrikbauten in der Nähe der sächsisch-böhmischen Grenze errichteten und so auch Pendler aus den grenznahen Gebieten Böhmens anwarben.

Die Behörden, die über Einwanderungen zu entscheiden hatten, stellten die wirtschaftlichen Prognosen über die Zugewanderten in den Mittelpunkt ihrer Abwägung. Die Kontrolle über die – bis in die 1880er-Jahre ohnehin nur rudimentär ausgeprägten und vor allem kommunal finanzierten – Sozialsysteme war Leitlinie staatlichen Handelns. Auf der anderen Seite argumentierten Behörden bei der temporären Arbeitsmigration nach Sachsen aber stets liberal: Die wirtschaftliche Entwicklung von Industriebetrieben, die ausländische Arbeitskräfte benötigten, sollte keinesfalls behindert werden. Die Unterscheidung zwischen ‚nützlichen‘ und ‚unnützen‘ Einwanderern, wobei die einen, auch wenn sie nicht alle gesetzlichen Kriterien erfüllen, problemlos Aufnahme fanden und die anderen abgewiesen, manchmal auch abgeschoben wurden, ist – betrachtet man aktuelle Debatten – mithin erschreckend persistent im Umgang mit Fremden.<sup>49</sup>

49 Vgl. hierzu die verschiedenen Facetten dieses Themas mit Bezug auf Sachsen und Dresden in: Dresdner Geschichtsverein (Hrsg.): Dresdner Hefte. Beiträge zur Kulturgeschichte, Bd. 123: Fremde in der Stadt, Dresden 2015.

## Literaturverzeichnis

- Bade, Klaus J.: Historische Migrationsforschung, in: Bommers, Michael/Oltmer, Jochen (Hrsg.): Sozialhistorische Migrationsforschung, Göttingen 2004, S. 27-48.
- Del Fabbro, René: Wanderarbeiter oder Einwanderer? Die italienischen Arbeitsmigranten in der Wilhelminischen Gesellschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte 32 (1992), S. 207-229.
- Dresdner Geschichtsverein (Hrsg.): Dresdner Hefte. Beiträge zur Kulturgeschichte, Bd. 123: Fremde in der Stadt, Dresden 2015.
- Friedreich, Sönke: Fremd bleiben. Perspektiven auf Nahmobilität und Pendelmigration zwischen Böhmen und Dresden im 18. und 19. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Europäische Ethnologie 4 (2009), S. 149-164.
- Gosewinkel, Dieter: Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Göttingen 2003.
- Grulich, Carl Gottlieb, Ein arbeitsreiches Leben. Gedenkblätter zum 50jährigen Geschäftsjubiläum der Firma H. R. Marx in Seifhennersdorf 1842-1892, Seifhennersdorf 1892.
- Hahn, Sylvia: Arbeit – Migration – Geschlecht. Arbeitsmigration in Mitteleuropa vom 17. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, Göttingen 2008.
- Krebber, Jochen: Kettenwanderung als migrationshistorisches Paradigma. Überprüfbares Konzept oder metaphorischer Bezugspunkt?, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 19 (2008), H. 1, S. 43-59.
- Landtags-Acten vom Jahre 1851/52, 1. Abteilung, Bd. 1, Dresden 1852.
- Lehnert, Katrin: Weder sesshaft noch migrantisch. Alltagsmobilität ländlicher Unterschichten und die Genese eines modernen Grenzregimes im 19. Jahrhundert, Diss. München 2013.
- Lehnert, Katrin: „Der Streit um den Hausierer ist ein Kampf der durch seine Tätigkeit berührten Interessen“. Wanderhandel im Zeichen ländlicher Modernisierungsprozesse, in: Volkskunde in Sachsen 24 (2012), S. 141-163.
- Lehnert, Katrin/Vogel, Lutz (Hrsg.): Transregionale Perspektiven. Kleinräumige Mobilität und Grenz Wahrnehmung im 19. Jahrhundert, Dresden 2011.
- Metasch, Frank: Exulanten in Dresden. Einwanderung und Integration von Glaubensflüchtlingen im 17. und 18. Jahrhundert, Dresden 2011.
- Murdock, Caitlin E.: Changing Places. Society, Culture, and Territory in the Saxon-Bohemian Borderlands, 1870-1946, Ann Arbor 2010.
- Oberpenning, Hannelore/Steidl, Annemarie (Hrsg.): Kleinräumige Wanderungen in historischer Perspektive, Osnabrück 2001.
- Oltmer, Jochen: Migration im 19. und 20. Jahrhundert, München 2010.
- Schulte Beerbühl, Margrit: Ein schwieriges Verhältnis: Arbeitsmarkt und Migration, in: Dahlmann, Dittmar/dies. (Hrsg.): Perspektiven in der Fremde?

- Arbeitsmarkt und Migration von der frühen Neuzeit bis in die Gegenwart, Essen 2011, S. 9-24.
- Spieker, Ira: Bilder in Bewegung? Mobilität und Stereotype in sächsischen Grenzregionen im 19. Jahrhundert: Zur Nationalisierung und Ethnifizierung von Fremdheit, in: Johler, Reinhard/Matter, Max/Zinn-Thomas, Sabine (Hrsg.): Mobilitäten. Europa in Bewegung als Herausforderung kulturanalytischer Forschung, Münster 2011, S. 500-509.
- Tilly, Charles: Migration in Modern European History, in: McNeill, William H./Adams, Ruth S. (Hrsg.): Human Migration. Patterns and Policies, Bloomington 1978, S. 48-74.
- Vogel, Lutz: Aufnehmen oder abweisen? Kleinräumige Migration und Einbürgerungspraxis in der sächsischen Oberlausitz 1815-1871, Leipzig 2014.
- Vogel, Lutz: Von der Arbeitsmigration zur dauerhaften Niederlassung. Ein Beitrag zur Einwanderung in die sächsische Oberlausitz im 19. Jahrhundert, in: Neues Lausitzisches Magazin 135 (2013), S. 133-142.
- Vogel, Lutz: „... daß der hiesige Amtsbezirk ohne fremdes landwirthschaftliches Gesinde nicht bestehen könne“. Die Migration von Landarbeiterinnen und Landarbeitern in der sächsischen Oberlausitz im 19. Jahrhundert, in: Volkskunde in Sachsen 24 (2012), S. 165-186.